

Die Schatten der Nazi-Zeit

Hannoversche Landeskirche ändert Verfassung

HANNOVER. Die Evangelische Landeskirche Hannover hat sich klar zu ihrem Versagen in der Nazizeit bekannt und ihre enge Bindung zum Judentum in ihrer Verfassung verankert. Einstimmig stimmte das Kirchenparlament für eine Ergänzung ihrer Verfassung, mit der sie auch der Missionierung von Juden und dem Antisemitismus eine Absage erteilt.

Die Kirche hatte sich bereits seit zwei Jahrzehnten mit dem Thema auseinandergesetzt. Landesbischof Ralf Meister

hatte kurz nach seinem Amtsantritt vor zwei Jahren auf ein klares Zeichen auch in der Kirchenverfassung gepocht. Auch 13 der 20 Landeskirchen in Deutschland hatten dies bereits getan.

„Im Wissen um die Schuld unserer Kirche gegenüber Juden und Judentum sucht die Landeskirche nach Versöhnung“ steht nun in der Verfassung. Daraus ergebe sich ein klarer Auftrag, nämlich „aufzustehen gegen jede Form des Antisemitismus“, erklärte Bischof Meister.

Landesrabbiner Jonah Sievers, der als Gast vor dem Kirchenparlament sprach, begrüßte die Verfassungsänderung. Der theologisch begründete Verzicht auf die Judenmission gehe weiter als das, was andere Kirchen sich zum Grundsatz gemacht hätten. Die jüdischen Gemeinden würden sich dem Dialog mit Christen nicht verschließen, betonte Sievers.

Zugleich veröffentlichte die Kirche einen zweiten Band zu ihrem Wirken in der Zeit des Nationalsozialismus.

Theologisch wird der Mission unter Juden damit eine Absage erteilt.

Landesrabbiner Jonah Sievers begrüßt die Verfassungsänderung.

Unter dem Titel „Zu brüderlichem Gespräch vereinigt“ sind Rundschreiben aus der Zeit von 1935 bis 1938 wiedergegeben, die einen Einblick in das damalige Geschehen geben.